

Mitteilung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Finanzausschuss	

Auswirkungen der Novembersteuerschätzung auf den städt. Haushalt

Vom 02.- 04. November fand die Sitzung des Arbeitskreises Steuerschätzung in Nürnberg statt.

Zwischenzeitlich wurden die Ergebnisse vom Städtetag übermittelt, eine regionalisierte Steuerschätzung wird seitens der Landesregierung nicht mehr erstellt.

Für das laufende Jahr 2016 werden beim **Gewerbesteueraufkommen** brutto rund 95 Mio. Euro Mehrertrag erwartet, unter Berücksichtigung der ebenfalls höheren Gewerbesteuerumlagen ergibt sich eine Nettoverbesserung um rd. 81 Mio. Euro.

Die Steuerschätzung prognostiziert dagegen einen Rückgang des Bruttoaufkommens um 1,2 %.

Für das Jahr 2017 erwarten die Steuerschätzer einen Zuwachs von 9,9 % bei dieser Steuerart. Da die Stadt – entgegen den Schätzerwartungen – bereits in 2016 einen erheblichen Zuwachs beim Gewerbesteueraufkommen (incl. der Nachzahlungen) verzeichnen konnte, muss davon ausgegangen werden, dass ein hoher Anteil des im Rahmen der Steuerschätzung für das Jahr 2017 prognostizierten Aufkommens in Köln bereits in 2016 realisiert werden konnte. Daher wird nunmehr eine Steigerung beim Vorauszahlungssoll um 5 % unterstellt. Bei den Nachforderungen ist derzeit davon auszugehen, dass gegenüber dem hohen Ergebnis 2016 eine weitere Steigerung in 2017 nicht zu erwarten ist.

Für das Jahr 2017 erwartet die Verwaltung ein Bruttomehraufkommen gegenüber der Veranschlagung um rd. 24,1 Mio. Euro, welches sich in ähnlicher Größenordnung in die Folgejahre fortschreibt.

Beim **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer** wird der Ansatz in 2016 erreicht, für 2017 muss mit rd. 2,9 Mio. Euro, in 2018 bis 2020 mit rd. 4,0 Mio. Euro p. a. an Wenigererträgen gerechnet werden.

Der **Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer** wird in 2016 um rd. 4,4 Mio. Euro hinter dem Ansatz zurückbleiben. für die Jahre 2018ff werden Wenigererträge von durchschnittlich rd. 5,5 Mio. Euro erwartet.

Unter Berücksichtigung der gegenüberstehenden Mehraufwendungen bei den zu zahlenden Umlagen errechnen sich ab 2017 folgende **saldierte Gesamtveränderungen**:

2017:	rd. 13,4 Mio. Euro Verbesserung
2018:	rd. 12,6 Mio. Euro Verbesserung
2019:	rd. 7,6 Mio. Euro Verbesserung
2020:	rd. 3,8 Mio. Euro Verbesserung.

Ob bzw. inwieweit es zu den errechneten Veränderungen kommen wird, bleibt abzuwarten.

gez.
Klug